

Leserforum

Behörden spielen mit falschen Karten

Mit dem Thema Deponie „Hintere Dollert“ Oberweiler und dem Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB) Rastatt befassen sich Sonja Renz-Riedinger und Norbert Riedinger aus Oberweiler:

In der ersten Informationsveranstaltung zum Thema Deponie/PFC-Endlagerung am wurde seitens des Abfallwirtschaftsbetriebs Rastatt (AWB) alles sehr harmlos dargestellt. Die Deponie soll „optimiert“ werden, hieß es. Da glaubte man als Bürger, sich keine großen Sorgen machen zu müssen. Mittlerweile wurde klar, dass sowohl der Leiter des AWB, Dr. Jörg Peter, wie auch der Gutachter Johann Roth, unter Optimierung eine Deponie-Erweiterung verstehen mit der Option, zukünftig dort mit PFC kontaminierte Stoffe abzulagern.

Beide werden bis heute nicht müde zu beteuern, dass PFC-Chemikalien und Sickerwasser-Konzentrat, wie es im laufenden Betrieb tagtäglich auf die Deponie zurückgeführt wird, kein Abfall, geschweige denn Giftmüll sei. Spätestens nach den ersten Informationen der Bürgerinitiative „Stop Deponie Oberweiler“ und erst recht nach der jüngsten Kundgebung am 2. Mai 2021 ist klar geworden, dass vonseiten der Behörden mit falschen Karten gespielt wird.

Dass jedoch Sonderabfälle (Asbest, Klärschlämme, belasteter Bauschutt etc.) auf einer sogenannten Hausmülldeponie versteckt werden – und das seit vielen Jahren schon –; ist für die in Oberweiler lebenden Menschen eine Katastrophe.

Nach den Berichten und Ausführungen des Deponie-Experten, Dr. Hans-Peter Huppert, sind wir entsetzt, was da ans Licht kam. Spätestens jetzt dürfte allen klar geworden sein, dass wir Bürger Jahrzehnte lang belogen und mit falschen Fakten versorgt worden sind.

Die aufgezeigten Unmengen an Sickerwasser, die wieder zurückgeführt werden und auf der Deponie teilweise ins Grundwasser gelangen, sprechen für sich. Der Vorgang der Rückführung alleine ist schon idiotisch genug. Es ist uns völlig unverständlich, wie die Machenschaften des AWB von der Stadt Gaggenau nicht hinterfragt und von den Genehmigungsbehörden (Regierungspräsidium und Umweltministerium BW) bislang gedeckt werden konnten.

Einmal mehr sehen wir uns von der Politik und den Verantwortlichen in den Ämtern getäuscht.

Industriemüll und Giftstoffe

Lydia Merz aus Oberweiler schreibt ebenfalls zum Thema Deponie:

Dank der Bürgerinitiative „Schluss mit der Deponie“ sind wir heute schlauer als noch vor wenigen Tagen. Ein unabhängiger Gutachter, Dr. Hans-Peter Huppert, hat uns über Missstände informiert und aufgeklärt, die wir nie hätten erahnen können.

Unfassbar, welche Fakten er aufgedeckt und bei der Kundgebung am 2. Mai auf dem Sportplatz publik gemacht hat. Es ist unglaublich, was auf der Deponie seit Jahrzehnten passiert. Eine Hausmülldeponie, die nur zu einem geringen Teil

mit Hausmüll befüllt wird, ansonsten aber mit Industriemüll, Schlämmen und Giftstoffen.

Sickerwasserkonzentrat wird zurückgeführt, obwohl es eigentlich in die Sondernüllverbrennung gehört. Das alles geschieht auf einem nicht vollständig abgedichteten Untergrund. Die Rede ist von einer geplanten Erweiterung, die sich im Nachhinein als zwei neue Deponien herausstellt.

Unbegreiflich für mich ist auch, dass ein Gutachter, der im Nachhinein den Auftrag für die Planung bekommt, mit der Erstellung des Gutachtens beauftragt wird. Mit einem Video des Abfallwirtschaftsbetriebs über die Deponie wird uns eine heile Welt vorgegaukelt. Wie kann man mit diesem Wissen einen solch verhamlosenden Werbefilm veröffentlichen? Dass wir auf einem Pulverfass sitzen, ist uns jetzt klar geworden. Ich habe das Vertrauen in die Mülldeponie-Politik verloren und fühle mich hintergangen.

Leserforum

Leserbriefe spiegeln nicht immer die Meinung der Redaktion wider, obwohl diese die presserechtliche Verantwortung für die Veröffentlichung übernimmt und sich deshalb sinnerhaltende Kürzungen oder eine Ablehnung vorbehält.

Folgende Kriterien müssen erfüllt sein:

- Bezug auf die Berichterstattung im BT,
- maximale Länge von 60 Zeilen zu jeweils 27 Anschlägen,
- Nennung des Namens, der vollständigen Adresse sowie der Telefonnummer des Verfassers in dem Schreiben an die Redaktion. Veröffentlicht werden Name und Wohnort. Zuschriften von Amts- und Mandatsträgern, die sich auf ihre Tätigkeit als Amts- und Mandatsträger beziehen, werden nicht als Leserbriefe, sondern als Pressemitteilungen behandelt.